

Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität					
Beschluss-Verfolgungsliste					
lfd. Nr	Vorlage	Datum Sitzung	Thema	Sachstand	Datum Erledigung
19-3	0992/2018	06.02.2019	<p>Ökologisches Grünflächenmanagement im Rahmen des kommunalen Handlungskonzeptes "Grüne Infrastruktur"</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, einen Maßnahmenkatalog zur Umsetzung der mit dem Beitritt in das Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt e.V." verbundenen Verpflichtungen zu erstellen und diesen bis zur Juni-Sitzung des Umweltausschusses zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Maßnahmenkatalog ist jährlich fortzuschreiben.</p>	<p>Siehe Vorlage 0797/2019 (Sitzung 11.09.), siehe auch lfd. Nr. 19-31 und 19-32 in Bearbeitung bei 61/3</p>	11.09.2019

Ifd. Nr	Vorlage	Datum Sitzung	Thema	Sachstand	Datum Erledigung
19-7	0160/2019 Scheibe	06.02.2019	<p>Ergänzende Fragen zur zukünftigen Ausgestaltung des ÖPNV ab 2020. Die Verwaltung beantwortet die Fragestellungen so zeitnah, dass die Konsequenzen aus den Antworten noch in die Netzgestaltung zum Fahrplanwechsel im Dezember 2019 einfließen können, Teil A möglichst bis zur nächsten Sitzung, spätestens aber bis zur Aussendung für den Umweltausschuss am <u>08.05.2019.</u></p> <p>Die Verwaltung gibt in jeder Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität einen Sachstandsbericht.</p>	<p>Siehe Ifd. Nr. 19-42</p> <p>keine Rückmeldung Beschlussverfolgung erfolgt unter Ifd. Nr. 19-42</p>	30.10.2019
19-8	0127/2018 Winkler	06.02.2019	<p>Der Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität beschließt den Ausbau der Bushaltestelle „Loxbaum“ (Halteplätze 1,2 und 6) als barrierefreie Busbuchten.</p> <p>Die Verwaltung wird um Prüfung gebeten, ob das Abbiegen der Busse aus der Hagener Str. von der Bushaltestelle Loxbaum kommend in Richtung Feithstr. durch Veränderungen in der Ampelschaltung verbessert werden kann.</p>	<p>Antwort soll zur Sitzung 11.09. vorliegen</p>	
19-9	1101/2018 Scheibe	20.03.2019	<p>Die Verwaltung wird gebeten, die Problematik bei der Einrichtung von Präventionsräten zu prüfen und hierüber eine entsprechende Vorlage zu erstellen.</p>	<p>Vorlage für November-Sitzung in Bearbeitung</p>	

lfd. Nr	Vorlage	Datum Sitzung	Thema	Sachstand	Datum Erledigung
19-12	0038/2019 Meyer-Weinreich	20.03.2019	Ehrenamtl. Katzenkastrationsaktionen sollen 2019 und 2020 mit max. 15.000 € jährlich unterstützt werden (aus Spenden)	Wiedervorlage	
19-13	0789/2018 Gockel	20.03.2019	Artenvielfalt: Die Verwaltung wird aufgefordert, bis zur nächsten Sitzung am 08.05. konkrete Vorschläge für einzelne Maßnahmen darzustellen und ein entspr. Konzept zu entwickeln	Hierzu wurde Vorlage 0915/2019 erstellt (Sitzung 30.10.2019)	30.10.2019
19-19	0435/2019 Scheibe	08.05.2019	Neubau der Marktbrücke/Umleitungsverkehr: Die Verwaltung wird aufgefordert, in der nächsten Sitzung das Grundsystem vorzustellen sowie dem Ausschuss darüber zu berichten, wie die Öffentlichkeit informiert werden soll. Zusätzlich soll dem Ausschuss eine Grobskizze zur Umleitungsplanung vorgelegt werden	Mitteilung hierzu lag in der Sitzung am 26.06. vor, Grobskizze fehlte, Herr Winkler hat in der September-Sitzung mündlich und mit Hilfe einer Präsentation informiert	11.09.2019

Ifd. Nr	Vorlage	Datum Sitzung	Thema	Sachstand	Datum Erledigung
19-22	0284/2019 Scheibe	08.05.2019	<p>1. Eine mögliche Vorgehensweise in Bezug auf die Einführung von Fahrrad- und Elektrotretrollersharing in Hagen ist darzustellen, u. a. die mögliche Einführung einer entsprechenden Satzung, Kontaktaufnahme/-aufrechterhaltung zu Sharingunternehmen, und Umsetzung potenzieller (Teil-)Projekte in Bezug auf Datenaustausch, Kontrolle und Datenauswertung.</p> <p>2. Verw. soll Stellung zu den in der Antragsbegründung gen. Informationen zu nehmen und diesbgl. mögliche weitere Vorgehensweisen/Projekte/Verknüpfungen (insbesondere zum Masterplan und zum "Mobilitätsdatenmodell") darzustellen.</p> <p>3. Eine Projektbeschr. sowie die konkreten zeitnah geplanten weiteren Schritte/ Ziele in Bezug auf das Projekt "Mobilitätsdatenmodell" sind umfassend vorzustellen. Außerdem soll die Verwaltung z. B. im Rahmen der möglichen zukünftigen Mitgliedschaft im Zukunftsnetz Mobilität NRW den Austausch und Weiteres mit anderen Kommunen bgl. dieser Themen/Projekte anstreben.</p>	Bericht/Präsentation erfolgte in September-Sitzung	11.09.2019

Ifd. Nr	Vorlage	Datum Sitzung	Thema	Sachstand	Datum Erledigung
19-26	AK ÖPNV	26.06.2019	Verwaltung wird aufgefordert, das von der HVG auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 23.05.19 ausgearbeitete neue Netz in der ab 15.12.19 gültigen Form für den UWA in einer Vorlage als Ergänzung der Vorlage 0193/2019 in verständl. Form zusammenzustellen und dem UWA in der nächsten Sitzung vorzustellen...	Hierzu wurde zusätzlich ein Antrag der SPD zur September-Sitzung eingereicht (siehe Vorlage 0782/2019, Ifd- Nr. 19-40), 61 wurde informiert, weitere Beschlussverfolgung findet jetzt unter Ifd. Nr. 19-40 statt	11.09.2019
19-27	AK ÖPNV	26.06.2019	Die Stadt Hagen strebt auf der Linie 594 eine einheitl. Gestaltung des Spätverkehrs sowie eine Verbesserung des Samstagsverkehrs an....	Mündliche Mitteilung in September-Sitzung	
19-29	0466/2019	26.06.2019	Stationäre Filteranlagen: Der Tagesordnungspunkt wird als 1. Lesung behandelt! Die Verwaltung wird gebeten, auf die in dem Antrag gestellten Fragen einzugehen und eine ergänzte Stellungnahme in der nächsten Sitzung vorzulegen.	Anfrage beim Umweltministerium, ob wegen der immensen Kosten solche Filteranlagen ggfs. über das Land NW gefördert würden. Eine Antwort liegt noch nicht vor. Erfahrungen zu der Wirkung dieser Filteranlagen liegen ebenfalls nicht vor. Insofern ist eine Beantwortung zurzeit nicht möglich. Sachstand 30.10: Zwischen-Mitteilung liegt dem UWA vor	
19-30	0639/2019	26.06.2019	Entwicklung bürgerfreundl. Öffnungszeiten, gemeinsam mit dem WBH, an der Annahmestelle für Grünschnittabfälle in der Donnerkuhle. Samstags bis 16 und freitags bis 18 Uhr. Dafür könnten Öffnungszeiten in den Vormittagsstunden entfallen.	Verwaltungsrat WBH wird sich in der nächsten Sitzung mit dem Thema befassen + hierüber eine politische Willensbildung abgeben. Bis dahin bleibt es bei den bisherigen Öffnungszeiten. WBH wird den UWA unaufgefordert informieren	

lfd. Nr	Vorlage	Datum Sitzung	Thema	Sachstand	Datum Erledigung
19-31	0643/2019	26.06.2019	Umsetzung der Vorlage 1119/2014 (Masterplan Grün, Erstellung Stadtgrün-Entwicklungskonzept. Prüfung, inwieweit Fördermittel aus dem beschlossenen „Masterplan Stadtnatur“ für das Hagener Stadtgrünkonzept akquiriert werden können). Prüfung der Fördermodalitäten. Die Ergebnisse sollen so rechtzeitig vorgelegt werden, dass sie noch in die Haushaltsberatungen eingebracht werden können.	Wird zusammen mit Vorlage 647/2019 in Vorlage 0797/2019 behandelt (siehe lfd. Nr. 19-32 und lfd. Nr. 19-3).	
19-32	0647/2019	26.06.2019	„Urban Farming und Urban Gardening“ soll Bestandteil des aufzustellenden Masterplans Grün werden Bürger sollen aufgefordert werden, bei konkreten Anlässen diese beim Ausschuss für Anregungen/Beschwerden einzubringen, die Verwaltung soll Anregungen positiv begleiten	in Bearbeitung zusammen mit Masterplan Grün, Vorlage 0643/2019, siehe auch lfd. Nr. 19-31	
19-37	ohne/ Interfrakt. Antrag gem. §16	26.06.2019	Mängel in der Fahrgastinformation sowie Fahrtausfälle sind abzustellen..... Die Verwaltung kontrolliert die Umsetzung und berichtet dem UWA in der nächsten Sitzung.	Siehe Vorlage 840/2019, wurde an AK ÖPNV überwiesen	30.10.2019

Ifd. Nr	Vorlage	Datum Sitzung	Thema	Sachstand	Datum Erledigung
19-38	0817/2019	11.09.2019	<p>Kurzfr. Einricht.eines Runden Tisches mit öffentl. u. priv. Waldbesitzern, Gen.Behörden, WBH, ENERVIE, RVR u.ggf. Grundstückseigentümern einzurichten...</p> <p>Ziel: Nasslager soll noch vor dem Winter 2019/2020 in Betrieb gen. werden</p> <p>2.Prüfung, inwieweit die Genehmigungen zum Betrieb eines Holznasslagers am Hengsteysee aus dem Jahr 2007/2008 noch heute dienlich sein könnten, um kurzfristig wieder ein neues Holznasslager im Stadtgebiet zu errichten.</p> <p>3.UWA und Rat sollen unaufgefordert und laufend über den Fortgang der Bemühungen informiert werden.</p>	<p>Erste Gespräche haben am 11.10. beim Umweltamt stattgefunden (Beteiligte: VB4, 69, 69/1, Herr Klepper, Vertreter Wald u. Holz, WBH24).</p> <p>69/1 wird eine entsprechende Vorlage zur November-Sitzung erstellen</p>	

Ifd. Nr	Vorlage	Datum Sitzung	Thema	Sachstand	Datum Erledigung
19-39	0774/2019	11.09.2019	<p>Die Stadtverwaltung wird beauftragt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - das vorhandene Durchfahrverbot für LKW stadtauswärts für die Remberg- u. Eppenhauser Straße durch ein Durchfahrtsverbort stadteinwärts ab Feithstraße zu ergänzen. - zur Vermeidung von Ausweichfahrten über die Haldener Straße bzw. Lützowstraße für diese Straßen ebenfalls ab Feithstraße bzw. ab Heinitzstraße Richtung Bülowstraße ein Durchfahrverbot zu beschildern. - mit der Öffnung der Bahnhofshinterfahung ein Durchfahrverbot für LKW über die Wehringhauser Straße / Bergischer und Märkischer Ring in beiden Fahrrichtungen zuz beschildern. <p>Ergänzung</p> <ul style="list-style-type: none"> - ähnliche Maßnahmen zur Vermeidung von LKW Verfahren sind im gesamten Stadtgebiet zu prüfen. -die angekündigte Verkehrszählung soll kurzfristig realisiert werden. 	Die Vorlage 0774/2019 hat eine neue Startnummer (0949/2019), diese wurde zur Beantwortung an 32 gesendet.	30.10.2019
19-40	0782/2019	11.09.2019	Die Verwaltung wird erneut beauftragt das neue Netz der Hagener Straßenbahn AG, wie es am 15.12.2019 eingeführt werden soll, in der nächsten Sitzung des Ausschusses am 30.10.2019 darzustellen.	Auf Tagesordnung 30.10.	

Ifd. Nr	Vorlage	Datum Sitzung	Thema	Sachstand	Datum Erledigung
19-41	0822/2019	11.09.2019	<p>Die Verwalt. Wird beauftragt ...in enger Abstimmung mit der HVG Kontakt mit den Stadtwerk.Solingen aufzunehmen, um an verlässl.Daten + Kennzahlen für eine Wirtschaftlichkeitsberechn. Für ein komb.Batterie-Oberleitungsbus-Betrieb (BOB-Netz) zu gelangen.</p> <p>...einen Ortstermin in Solingen anzubieten, damit sich interessierte Ratsmitgl. u.zust.Gremienmitgl. vor Ort über die Vor- u.Nachteile des Systems informieren können.</p> <p>...sämtl.Fördermöglichk. für die stufen- o.teilweise Errichtung eines BOB-Busnetztes durch die EU, die Bundesreg. und die Landesreg.zu sondieren u.darzustellen</p>		

Ifd. Nr	Vorlage	Datum Sitzung	Thema	Sachstand	Datum Erledigung
19-42	Angelegenh. AK ÖPNV	11.09.2019	<p>1. Die bisherigen Ratsbeschlüsse bleiben in ihren Grundaussagen Basis für die Erstellung des neuen Nahverkehrsplans. Das gilt insbesondere für den Ratsbeschluss vom 05.07.2018. In der jeweils nächsten Sitzung werden UWA und AK ÖPNV im Rahmen einer Vorlage der gegenwärtige Stand der Einarbeitung dieser Vorgaben in den neuen Nahverkehrsplan dargestellt.</p> <p>2. Die Verwaltung beantwortet bis zu den jeweils nächsten Sitzungen von UWA und AK ÖPNV die Fragestellungen der Drucksache 0160/2019, weil sie eine maßgebliche Grundlage für die Fertigstellung des neuen Nahverkehrsplans bilden.</p> <p>3. Die Liniensteckbriefe innerhalb des Nahverkehrsplans werden auf der Grundlage der endgültigen Linienführungen im neuen Netz der Hagener Straßenbahn AG erstellt.</p> <p>Zusatz: Kurzfrist.Erstellung eines Zeitstrahls der Meilensteine bei der Aufstellung des neuen NVP</p>	Siehe auch Ifd. Nr. 19-7 Vorlage 0160/2019	
19-43	0564/2019	11.09.2019	Z. K. mit Zusatz: UWA bittet d.Rat, die Verw. Aufzufordern, zur Problematik der Ebene 2 (Abriss o. Erhalt) eine Entscheidungsvorlage für die pol.Gremien vorzubereiten	Vorlage wurde nicht im Rat behandelt	

Ifd. Nr	Vorlage	Datum Sitzung	Thema	Sachstand	Datum Erledigung
19-43	0879/2019	11.09.2019	Der AK ÖPNV wird durch einen regulären Unterausschuss "Unterausschuss Mobilität" umgewandelt.....Die regelmäßige Info über die Arbeit des Unterausschusses wird in beiden entsendenden Ausschüssen durch einen regelm.Berichtspkt. vorgenommen.	Entsprechende Personalstelle ist bei 11 in Bearbeitung	
19-44	0824/2019	11.09.2019	Die Verw. wird beauftragt, die Überarbeitung des bestehenden Altlastenkatasters an ein externes Büro zu vergeben.	In Bearbeitung	
19-45	0696/2019	11.09.2019	Der Vorschlag zur probeweise Einführung der Biotonne wird abgelehnt. Stattdessen wird die Verwaltung beauftragt, Bringhöfe zeitnah einzurichten.	Da die Stadt Hagen von der Bezirksreg. aufgefordert wurde, ein Konzept zur Einführung der Biotonne im Stadtgebiet vorzulegen, die Biotonne jedoch seitens der Politik abgelehnt worden ist, muss nun Rücksprache mit der Bez.Reg. gehalten werden.	



ERWEITERUNG DER TAGESORDNUNG

Sitzungsnummer: UWA/06/2019

Gremium: Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität

Tag: Mittwoch, 30.10.2019

Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme

Beginn: 16:00 Uhr

Hinweis:

NACHTRAGSTAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung
2. **Mitteilungen**
 - mündliche Mitteilung zur Kläranlage Fley
- 2.1. Schnitt- und Rodungsmaßnahmen 2019/2020
Vorlage: 0971/2019
- 2.2. Prüfung von stationären Filteranlagen an der Finanzamtsschlucht
Vorlage: 0990/2019
- 2.3. Beschlussverfolgung
- 2.4. Berichterstattung aus überregionalen Gremien
3. **Anfragen nach § 5 Abs. 1 Gescho**
 - 3.1. Anfrage der Fraktion Hagen Aktiv
hier: Einhaltung der Hilfsfrist bei Neubau der Marktbrücke
Vorlage: 0980/2019
 - 3.2. Antrag der Fraktion BfHo/Piraten
hier: Biomüll- und Grünschnittaufkommen an den Bringhöfen des HEB
Vorlage: 1040/2019
4. **Vorschläge zur Tagesordnung nach § 6 Abs. 1 Gescho**
 - 4.1. Vorschlag der SPD-Fraktion
hier: Umsetzung des "Integrierten Klimaanpassungskonzeptes" der Stadt Hagen
Vorlage: 0755/2019 – liegt bereits vor
TOP wurde geschoben



- 4.2. Vorschlag der SPD-Fraktion
hier: Photovoltaik und Klimaschutz gemeinsam mit der Bürgerschaft voranbringen
Vorlage: 0926/2019
- 4.3. Vorschlag der SPD-Fraktion
hier: Entsiegelung von Verkehrsflächen
Vorlage: 0927/2019
- 4.4. Vorschlag der Fraktion BfHo/Piraten
hier: Wildschweine in Wohngebieten
Vorlage: 0929/2019
- 4.5. Vorschlag der SPD-Fraktion
hier: Umsetzung des "Radverkehrskonzeptes der Stadt Hagen"
Vorlage: 0756/2019 – liegt bereits vor
2. Lesung
- 4.6. Vorschlag der SPD-Fraktion
hier: Vermeidung der LKW-Durchgangsverkehre in Wohngebieten
Vorlage: 0949/2019
- 4.7. Vorschlag der Fraktion Hagen Aktiv
hier: Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens für das Gelände des Evangelischen Krankenhauses in Hagen-Haspe
Vorlage: 0973/2019
- 4.8. Vorschlag zur Tagesordnung gem. § 6 Abs. 1 der GeschO von der Fraktion HagenAktiv
Hier: Sofortmaßnahmen Graf-von-Galen-Ring bei Eröffnung der Bahnhofshinterfahung
Vorlage: 0979/2019
- 4.9. Vorschlag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Hagen Aktiv, Die Linke, BfHo/Piraten
hier: Beschleunigungsmaßnahmen für den ÖPNV
Vorlage: 1035/2019
- 4.10. Vorschlag der FDP-Fraktion
Hier: Standdauer Elektroladesäulen
Vorlage: 1036/2019
- 4.11. Vorschlag der FDP-Fraktion
hier: Nutzung der Busspur Körnerstraße durch Elektrofahrzeuge
Vorlage: 1037/2019
- 4.12. Vorschlag der Fraktion BfHo/Piraten
hier: Umsteiger-Tarife MVG/Hagener Straßenbahn (VRR)
Vorlage: 1038/2019



- 4.13. Vorschlag der Fraktion BfHo/Piraten
hier: Sachstandsbericht Geschwindigkeitskontrollen Märkischer Ring
(Finanzamtsschlucht)
hier: Rechtliche Einschätzung zur Rechtmäßigkeit von Verwarn- bzw. Bußgeldern
Vorlage: 1039/2019

5. Masterplan "Nachhaltige Mobilität"

6. Tagesordnungspunkte des Ausschussvorsitzenden

6.1. Stadtsauberkeit

6.2. Arbeitskreis ÖPNV

- 6.2.1 Bericht der Verwaltung zum Zeitstrahl und zu Meilensteinen zur Neuaufstellung des Nahverkehrsplanes bis zum 30.09.2020

- 6.2.2 Vorschlag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Hagen Aktiv, FDP, Die Linke, BfHo/Piraten
hier: Darstellung des Neuen Netzes der Hagener Straßenbahn AG
Vorlage: 0782/2019 – liegt bereits vor
Vorlage wurde bereits beschlossen

7. Tagesordnungspunkte der Verwaltung

- 7.1. Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2020/2021
Vorlage: 0977/2019
Präsentation Herr Ostra/20

- 7.2. HAGENplant 2035 - Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept - Endbericht
Vorlage: 0730/2019 – liegt bereits vor
2. Lesung

- 7.3. Sachstandsbericht: Einrichtung eines Ökologischen Grünflächenmanagements zur Förderung der biologischen Vielfalt (Artenvielfalt)
Vorlage: 0915/2019

- 7.4. Bebauungsplan Nr. 7/16 (675) Wohnbebauung Steltenbergstraße - Verfahren nach § 13a BauGB
hier:
a) Beschluss über die eingegangenen Anregungen im Rahmen der Beteiligungsverfahren
b) Beschluss nach § 10 Abs. 1 BauGB - Satzungsbeschluss
c) Beschluss über die Aufhebung entgegenstehender Pläne und Satzungen
d) Beschluss über die Berichtigung des Flächennutzungsplans
Vorlage: 0919/2019



- 7.5. Berliner Platz (Bahnhofsvorplatz)
Sicherheit, Sauberkeit und Platzgestaltung
Vorlage: 0739/2019 – liegt bereits vor
TOP wurde geschoben

- 7.6. Einrichtung einer Kurzstrecke zwischen den Haltestellen "Hasper Torhaus" und "Evangelisches Krankenhaus" durch Zusammenlegung zweier Haltestellen.
Vorlage: 0726/2019 – liegt bereits vor
TOP wurde geschoben

- 7.7. Förderung Lenneradweg
Vorlage: 0763/2019

- 7.8. Auswirkungen der Änderungen des Landesentwicklungsplans (LEP) NRW zur Windenergienutzung und Information über das Urteil des Verwaltungsgerichtes Arnsberg vom 24.09.2019.
Vorlage: 0982/2019

- 7.9. Beschränkung des Anlieferungsverkehrs im Eschenweg und Auf dem Kuhl auf 3,5t
Vorlage: 0837/2019
Überweisung Stadtentwicklungsausschuss

8. Anfragen nach § 18 GeschO



II. Nichtöffentlicher Teil

1. Mitteilungen
2. Anfragen nach § 5 Abs. 1 GeschO
- 2.1. Anfrage der FDP Fraktion
hier: Sachstand Schnellladestationen für E-Fahrzeuge
Vorlage: 0844/2019 – liegt bereits vor
2. Lesung
3. Vorschläge zur Tagesordnung nach § 6 Abs. 1 GeschO
4. Tagesordnungspunkte des Ausschussvorsitzenden
5. Tagesordnungspunkte der Verwaltung
6. Vergaben
7. Veröffentlichungen
8. Anfragen nach § 18 GeschO



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Hagen
Rathausstr. 11
Trakt B, Raum 201
58095 Hagen

Tel.: 02331-2072380
Fax: 02331-2072091
Mail: kontakt@fdp-fraktion-hagen.de
Web: www.fdp-hagen.de

FDP-Fraktion • Rathausstr. 11 • 58095 Hagen

An den
Vorsitzenden des UWA
Hans-Georg Panzer
Im Haus

Hagen, 30.10.2019

Betreff: „Änderungsantrag Maßnahmen“ – UWA, 30.10.2019

Sehr geehrter Herr Panzer,

hiermit stellen wir folgenden Beschlussvorschlag zu Top 7.2 der Sitzung des UWA am 30.10.2019:

1. Antrag

Der ISEK 2035 Abschlussbericht (Vorlage 0730/2019) wird wie folgt geändert:

P1 Aktualisierung der Machbarkeitsstudie Hagener Straßenbahn

a) Die Überschrift der Maßnahme wird wie folgt geändert:

Weiterentwicklung der Machbarkeitsstudie Hagener Straßenbahn zu einem Regional-Stadtbahn-System

b) Der Erläuterungstext wird wie folgt geändert:

Eine Regional-Stadtbahn eignet sich als klimafreundliches und ressourcenschonendes Rückgrat des ÖPNV. Im Vergleich zu einem klassischen Straßenbahnsystem nutzt sie vor allem vorhandene Schienenwege und verbindet diese durch wenige neu zu schaffende Trassen. Dies schafft Synergieeffekte und schont finanzielle und planerische Ressourcen.

Die Einrichtung einer Stadtbahn ist in jedem Fall mit hohen Investitionen und Folgeinvestitionen verbunden, sodass ein solches Großprojekt ein sehr strittiges Thema darstellt und im Rahmen einer politischen Diskussion abgewogen werden muss. Da eine Regional-Stadtbahn wegen der vertraglichen Nutzungsbindung der Regionalbahngleise erst ab 2028 realisiert werden kann, bleibt ausreichend Zeit für eine detaillierte und nachhaltige Planung.

Die Wiedereinführung einer Stadtbahn wird als Zukunftsszenario auch im aktuellen laufenden Verfahren zur Aufstellung des Nahverkehrsplans diskutiert. Es deutet sich jedoch bereits an, dass der Bau eines reinen Stadtbahnsystems mit eigenen Trassen für die besonders nachfragestarken Achsen zwischen Hauptzentrum und den Nebenzentren und Siedlungsschwerpunkten sowohl finanziell als auch planerisch kaum darstellbar ist. Selbst bei entsprechender Förderung sind der Eigenanteil und die Folgekosten für die Stadt Hagen kaum zu stemmen. Daher sollen Prüfung und Planung von Anfang an auf ein Regional-Stadtbahn System in Anlehnung an das Karlsruher Modell angelehnt werden.

2. Begründung

Die FDP-Fraktion hält die Umsetzung eines klassischen Straßenbahnsystems in Hagen weder für wünschenswert noch für finanzierbar oder praktisch sinnvoll umsetzbar. Eine sinnvolle Alternative könnte ein Regional-Stadtbahn-System sein, das ausschließlich zur Verbindung der bestehenden Gleisanlagen auf eine eingeschränkte Neubaustrecke in der Innenstadt setzt. Selbst bei Verfügbarkeit der entsprechenden Fördermittel würden auf die Stadt Hagen Eigenanteile in zweistelliger Millionenhöhe zukommen, mögliche Folgekosten nicht eingerechnet. Es ist naiv zu glauben, dass ein solches Projekt für die Stadt Hagen in absehbarer Zeit finanziell realisierbar ist. Weiterhin wären Teile der Verwaltung über Jahre hinweg personell in ein solches Mammutprojekt eingebunden und würden für andere wichtige Projekte nicht zur Verfügung stehen. Es ist aus unserer Sicht daher sinnvoll bereits bei der Aktualisierung des Konzeptes prioritär eine machbare Alternative zu prüfen und keine unrealistischen Projekte erneut aufzuwärmen.

Mit freundlichen Grüßen,

Claus Thielmann
Fraktionsvorsitzender

Alexander Plahr
umweltpolitischer Sprecher

CDU-Fraktion Hagen . Rathausstraße 11 . 58095 Hagen

Herrn Vorsitzenden

Hans-Georg Panzer

- im Hause

Rathausstraße 11
58095 Hagen

Telefon: 02331 207 3184
E-Mail: boehm@cdu-fraktion-
hagen.de

Dokument: 2019_10_30_antrag\$16_uwa_ha
uptbahnhof.docx

28. Oktober 2019

Antrag für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität am 30.10.2019

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Panzer,

gemäß § 16 Absatz 1 der GeschO des Rates vom 08.05.2008 in der Fassung des V. Nachtrages vom 15. Dezember 2016 stellen wir zum Tagesordnungspunkt

I.7.8. Berliner Platz (Bahnhofsvorplatz) Sicherheit, Sauberkeit und Platzgestaltung (DS 0738/2019)

den folgenden **Antrag**:

- 1. Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die noch nicht abgearbeiteten Beschlussbestandteile aus dem einstimmigen Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität vom 08.05.2018 zur DS0237/2018 abzuarbeiten.**
- 2. Die Verwaltung legt zur nächsten regulären Sitzung des UWA am 27.11.2019 ein entsprechendes Maßnahmenpaket vor.**

Begründung:

Die Vorlage 0739/2019 geht auf einen Antrag der CDU-Fraktion vom 20.02.2018 an den Umweltausschuss am 13.03.2018 (DS0237/2018) zurück. Damals forderte die CDU-Fraktion:

Verwaltung wird beauftragt ...

- 1. ... zu prüfen, wie sich die Gestaltung des Berliner Platzes durch eine Erweiterung der Außengastronomie, die Erneuerung des Stadtmobiliars, ggf. durch die Ergänzung mit einem Pavillon, die Schaffung eines Meetingpoints und/oder durch Spielgeräte für Kinder verbessern lässt. Alternativ sollen andere geeignete Maßnahmen vorgeschlagen werden, um die Aufenthalts- und optische Qualität zu verbessern. Der Platz soll möglichst gut einsehbar werden und über gute Sichtachsen verfügen.**

2. ... **die subjektive und die objektive Sicherheitslage des Bahnhofsvorplatzes zu evaluieren. Dazu soll auch auf das Instrument einer Passanten-Umfrage zurückgegriffen werden**
3. ... **gemeinsam mit der Polizei Hagen, der Bundespolizei, dem Bahnmanager, der Arbeitsagentur, dem Jobcenter und der örtlichen Gastronomie sowie dem Hagener Entsorgungsbetrieb (HEB), der HAGENagentur, der SIHK und dem Einzelhandelsverband ein gemeinsam getragenes Konzept zur Aufwertung des Areals zu entwickeln.**
4. ... **im Rahmen dieses Konzepts zu prüfen, ob um den Hagener Hauptbahnhof eine Verbotzone (Gebietssatzung) eingerichtet werden kann, in der außerhalb von gastronomischen Bereichen der äußerlich erkennbare übermäßige Konsum von Alkohol wirkungsvoll unterbunden wird.**
5. ... **im Rahmen dieses Konzepts zu prüfen, wie viele Mitarbeiter des Ordnungsamtes ggf. notwendig werden, um explizit im Bereich des Hauptbahnhofumfelds ...**
 - a. ... **konsequent gegenüber mutwilligen Verschmutzungen, „Wildpinkeln“ und andere Ordnungswidrigkeiten vorzugehen.**
 - b. ... **das subjektive Sicherheitsempfinden in diesem Gebiet zu verbessern.**
 - c. ... **gemeinsam im Kontakt mit der Polizeidirektion Hagen, der Bundespolizei und dem Ordnungsamt nach Lösungsoptionen zu suchen, um den Eindruck von Rauschmittelkriminalität und anderen Rechtsverstößen im Umfeld des Hauptbahnhofes noch wirksamer als bisher zurückzudrängen.**

Dieser Antrag wurde erst in der UWA-Sitzung am 08.05.2018 behandelt und einstimmig beschlossen. Dabei wurde Punkt vier insoweit modifiziert, als nun beauftragt wurde, „im Rahmen dieses Konzepts zu prüfen, wie im Bereich des Hagener Hauptbahnhofs störender Alkoholkonsum unterbunden werden kann.“

Die Verwaltung berichtete erstmals mit Vorlage 1264/2018 in der Sitzung der BV Mitte am 31.01.2019. Darüber ergänzte die Verwaltung ihre Sachverhaltsdarstellung mittels Drucksache 1264-1/2018 zum März 2019.

Zu den Punkte 1 bis 4 finden sich nach eingehender Lektüre der Vorlagen noch immer keine Maßnahmvorschläge. Dieser Mangel sollte schnellstmöglich behoben werden.

Mit freundlichen Grüßen verbleiben

Jörg Klepper
Stellv. Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Alexander M. Böhm.
Fraktionsgeschäftsführer

Maßnahmenliste Radverkehr

Stand 02.07.2019

Maßnahme Masterplan	Ort	Maßnahmenbeschreibung	Kostenart	Kosten	Summe	Maßnahme aus dem Radverkehrs konzept	Jahr	Anmerkungen
2.5	Bahnhofstraße	Umgestaltung der Bahnhofstraße als Hauptachse in die Innenstadt	Baukosten	325.000,00	700.000 €	W6	2022	Zuschussantrag (FöRi-Nah) Gesamtsumme 650.000 €
				325.000,00			2023	
2.5	Graf von Galen-Ring	Aufnahme der Achse der Bahnhofstraße Querungsstelle für den Fuß- und Radverkehr	Baukosten	50.000,00	Baukosten	W8	2022	
2.8	Eckeseyer Straße, zwischen Sedanstraße und Fuhrparkstraße	Führung des Radverkehrs über Sedanstraße und Grünstraße nach Fertigbau der Bahnhofshinterfahung	Planungsmittel	70.000,00		C03, D03, D04	2020	Gesamtsumme 150.000 €
				80.000,00			2021	
2.8	Radweg zwischen Sporbecker Weg und Becheltestraße	Bau einer Unterführung unter Gleisanlage. Die Maßnahme aus dem Radverkehrskonzept steht in Verbindung mit der Maßnahme C03. Für die Tunnelplanung in diesem Bereich sind jedoch weitere Planungsmittel erforderlich	Planungsmittel	10.000,00	220.000 €	D14	2020	Gesamtsumme 20.000 €
				10.000,00			2021	
2.8	Radweg durch den Ennepepark/ Querungsstelle "An der Kohlenbahn"	Neubau einer Querungshilfe mit Bevorrechtigung des Radverkehrs nach der Musterlösung in Abschnitt 5.2.3	Baukosten	20.000,00	Planungsmittel	H26	2020	
2.8	Martinstraße	Querungsstelle für den Radverkehr	Baukosten	20.000,00	207.000 € Baukosten	W5	2020	
2.8	Augustastraße	Umgestaltung der Augustastraße zu 325 Fortsetzung Fahrradstraße siehe Maßnahme H29 Radverkehrskonzept sowie Masterplan "Nachhaltige Mobilität"	Baukosten	27.000,00		W7 H28	2021	Zuschussantrag (FöRi-Nah) Gesamtsumme 167.000 €
				140.000,00			2022	
2.8	Hasselstraße / Am Stockey	Planung Quartiersanbindung Delstern Rampenbauwerk	Planungsmittel	20.000,00		W11	2020	Gesamtsumme 50.000 €
				30.000,00			2021	
2.10	Hammerstraße	Deckensanierung der Hammerstraße als Anschluss für die neu geplante Trasse des Enneperadwegs Umwidmung der Hammerstraße zur Fahrradstraße. Ummarkierung des Knotenpunktes mit Anschluss an den Hasper Bahnhof	Baukosten	327.000,00	367.000 € Baukosten	W2	2023	Zuschussantrag (FöRi-Nah) Planung wird selbst gemacht
2.10	Zufahrten zum Enneperadweg/Zweiter Abschnitt Enneperadweg	Stärkung des Zubringerverkehrs zum Enneperadweg	Baukosten	40.000,00		W4	2022	
2.13	Altenhagener Straße, zwischen Altenhagener Brücke und Boeler Straße	Neuanlage von Radfahrstreifen (VZ 295 + 237) oder Schutzstreifen. Bei nicht ausreichenden Fahrbahnbreiten kann Tempo 30 angeordnet werden.	Baukosten	25.000,00	50.000 € Planungsmittel	C04	2021	
2.13	Feithstraße/Hagener Straße, zwischen Boeler- Ring und Lützwstraße	Neuanlage von Radfahrstreifen (VZ 295 + VZ 237).Eine Alternative über die Beethovenstraße ist in diesem Zusammenhang zu prüfen.	Baukosten	125.000,00	292.500 € Baukosten	C06	2022	
2.13	Kreisverkehr Herdecker Straße/ Weststraße	Der Kreisverkehr Herdecker Straße/ Weststraße gehört zu einem Unfallschwerpunkt für Radfahrende in Hagen. Dennoch wird der Kreisverkehr von Radfahrenden durchfahren. Um ein sicher auf den angrenzenden Geh-und Radweg zu gelangen wird eine Zufahrt auf den Geh- und Radweg angestrebt.	Baukosten	10.000,00	24.000 € sonstige Kosten	E01.2	2020	

Maßnahmenliste Radverkehr

Stand 02.07.2019

2.13	Rembergstraße / Eppenhauser Str.	Auf der Rembergstraße treten vermehrt Unfälle im Längsverkehr statt. Diese sind vermutlich auf Radfahrende im Gegenverkehr und das geringe Platzangebot zurückzuführen. Aufgrund des geringen Platzangebots und der zul. Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h ist die Situation für den Radverkehr insgesamt als schwierig zu bewerten. Hier könnte von der neuen Regelung der StVO Gebrauch gemacht und eine Senkung der Fahrgeschwindigkeit auf 30 km/h geprüft werden.	Baukosten	2.000,00	E06	2020	
2.13	Weststraße (Südseite), zwischen Volmarsteiner Straße und Untere Lindenstraße	Umschilderung und Ummarkierung der Nebenfahrbahn der Weststraße. Ausbau der Knotenpunkte entlang der Nebenfahrbahn durch Aufpflasterung zur Einrichtung der Bevorrechtigung des Radverkehrs.	Baukosten	20.000,00	H01	2021	
2.13	Knotenpunkt Märkischer-Ring/ Rathausstraße	Markierung mit rotem Asphalt der Radverkehrsfurten zwischen Rembergstraße und Rathausstraße	Baukosten	20.000,00	H16	2022	
2.13	Emilienplatz	Auf der Heinitzstraße, zwischen Emilienplatz und Fleyer Straße, Breitenanpassung des gemeinsamen Geh-/Radwegs. Öffnung der Einbahnstraße Fleyer Straße für den Radverkehr. Markierung einer Radfahrfurt im Zweirichtungsradsverkehr von Heinitzstraße in Richtung Badstraße. Beschilderung des Zweirichtungsradswegs auf der Badstraße.	Planungsmittel	50.000,00	K01	2021	
2.13	Unterführung unter dem Bergischen- Ring, zwischen Grünstraße und Konkordiastraße	Wegweisung für den Radverkehr installieren.	Baukosten	500,00	K09	2021	
2.13	Anlehnbügel an ausgewählten Stellen im Stadtbereich	80 Bügel zur Schaffung von Abstellmöglichkeiten	Baukosten	20.000,00 62.000,00	P gesamt	2020 2021	Gesamtsumme 82.000 €
2.13	Volmebrücke Badstraße	Umnutzung der seitlichen Sperrfläche für den Radverkehr und Absenkung der Bordsteine	Baukosten	8.000,00	W09	2021	
2.13		Förderung des Radverkehrs durch Kampagnen und Aktionen / Teilnahmegebühr fürs Stadtradeln	Konsumtive Kosten	12.000,00 12.000,00	W10	2020 2021	Gesamtsumme 24.000 €

Planungsmittel:	270.000,00
2020	100.000,00
2021	170.000,00
Baukosten:	1.566.500,00
2020	72.000,00
2021	142.500,00
>2022	1.352.000,00
Sonstige Kosten:	24.000,00
Summe:	1.860.500,00

Anlage Kleinteilige Maßnahmen			
L02	Weststraße, Nordseite, Höhe Volmarsteiner Straße	VZ 241 direkt angrenzend an Radweg. VZ versetzen	200,00
L03	Weststraße, Südseite/ Vorhaller Straße	Bügel vor LSA (Umfahrtschranke). Bügel entfernen	200,00
L04	Wandhofener Straße / Bartheyer Straße	Poller auf dem Radweg. Durchfahrt mit Lastenrad oder Anhänger nicht möglich. Poller durch markierte Absperrpfosten ersetzen und Durchfahrt verbreitern	500,00
L05	Auf "Am Hohen Graben" / Märkischer- Ring	Poller direkt auf dem Radweg, Poller entfernen, Unfallgefahr.	100,00
L06	Bergstraße	Bergstraße wird durch eine Schranke unterbrochen. Eine Umfahrung mit Anhänger ist nicht möglich. Schranke versetzen oder entfernen.	500,00
L07	Eugen-Richter- Straße	Auf dem Verbindungsweg Richtung Hoerdenstraße sind Absperrpfosten zu eng gesetzt. Durchfahrt mit Anhänger ist gefährlich. Pfosten breiter setzen.	500,00
L08	Kölner Straße / Am Gosekolk	Auf dem selbstständig geführten Geh- /Radweg "Am Gosekolk sind die installierten Poller unmarkiert. Reflektierende Markierungen anbringen	200,00
L09	Freiligrathstraße/ Fuhrparkstraße	VZ 241 direkt angrenzend an Radweg. VZ versetzen	200,00
L10	Schwerter Straße, zwischen Eckeseyer Straße und Goethestraße.	VZ 240 direkt auf dem Radweg installiert. VZ versetzen.	200,00
L11	Heinrich-Heine- Straße	Schiebebarriere für den Radverkehr. Barriere durch markierte Absperrpfosten ersetzen.	1.000,00
L1.1		Maßnahmen aus dem	
L1.2	Bordsteinabsenkung Stennertstraße/Freiheitstraße		1.000,00
L1.3	Preintraße/Freiheitstraße		2.000,00
L1.4	Haßleyer Straße Ortsausgang		1.500,00
L1.5	Gerberstraße /Körnerstraße		0,00
L1.6	Haßleyer Straße / Zur Hühnerforte		2.000,00
L1.7	Backstraße Brücke		5.000,00
L1.8	Dortmunder Straße Knüwenstraße		10.000,00
L1.9	Bodenwelle Kaufmannsschule		500,00
L2.0	Einheitliche Beschilderung Kaufmannsschule		600,00
L2.1	Auffrischung der Fahrtrichtungspfeile		300,00
L2.2	Rückschnitt des Pflanzbeetes Körnerstraße		300,00
			<u>23.200,00</u>
		19% Mehrwertsteuer	4.085,00
			<u>27.285,00</u>

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Umwelt und Mobilität
Herrn Hans-Georg Panzer

- Im Hause –

30.10.2019

Sehr geehrter Herr Panzer,

bitte nehmen Sie für die Sitzung des Umweltausschusses am 30.10.2019 gem. § 16 (1) GeschO im folgenden Sachantrag zum TOP 6.2.1 auf:

Beschlussvorschlag:

Der UWA beschließt eine Beauftragung der Stadtverwaltung mit der Erstellung eines sofortigen Sachstandsberichtes über

- 1) Zeitplan und Meilensteine für die Aufstellung des Nahverkehrsplans (NVP) mit dem Ziel der endgültigen Beschlussfassung vor der Sommerpause 2020 unter Berücksichtigung der Ausführungen in der Begründung;
- 2) Sachstände aller ÖPNV-Beschlüsse unter Angabe von Vorlagennummern, Daten und Gremien der Beschlussfassung sowie ggf. darin vorgesehener Fristsetzungen gemäß der Auflistung in Anhang 1;
- 3) Nennung von Hinderungsgründen für die Nichtbearbeitung der Beschlüsse soweit Abarbeitung nicht oder nur verzögert stattgefunden hat. Darstellung der ggf. auftretenden Folgen, die sich aus der verzögerten Abarbeitung ergeben (z.B. hinsichtlich des öffentlichen Dienstleistungsauftrages für die Hagener Straßenbahn ab 01.01.2023).
- 4) Dieser „Sofortige Sachstandsbericht“ wird unmittelbar binnen maximal 13 Tagen erstellt, um eine Beratung in einer ggf. am 13.11.2019 zu diesem Sachverhalt stattfindenden Sondersitzung des UWA zu ermöglichen.
- 5) Die Begründung und der Anhang 1 werden Bestandteile dieses Beschlusses.

Begründung:

Die Aufstellung des Nahverkehrsplans ist für die Fortentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in der Stadt Hagen gerade auch aus Umwelt- und Klimaschutzgründen von herausragender Bedeutung. Darüber hinaus erfordern viele im Masterplan Mobilität genannte Maßnahmen eine Berücksichtigung im neuen NVP. Nachdem die ursprüngliche Fertigstellung für Ende des Jahres 2018 anvisiert war, konnte dieses Ziel wie ersichtlich leider nicht eingehalten werden.

Der fertige NVP stellt die Basis für die Verhandlungen zwischen dem Aufgabenträger Stadt Hagen und der Hagener Straßenbahn AG für den öffentlichen Dienstleistungsauftrag ab 01.01.2023 dar. Rechtlich vorgesehen ist für die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien ein Zeitraum von 27 Monaten, der somit am 01.10.2020 beginnt und unbedingt eingehalten werden sollte. Durch die nächste Kommunalwahl im September 2020 kann der Verhandlungsbeginn am 01.10.2020 nur sicher gewährleistet werden, wenn der NVP vor der Sommerpause 2020 beschlossen sein wird.

Viele Beschlüsse der Ratsgremien sind nur rudimentär bzw. gar nicht umgesetzt worden, obwohl sie eine direkte Auswirkung auf den NVP haben. Die im Arbeitskreis ÖPNV vorgestellte Präsentation zum Bearbeitungstand durch den Gutachter lässt vermuten, dass der endgültige Entwurf des NVP noch Änderungen und Ergänzungen durch die beteiligten Gremien erfahren muss und vsl. auch wird. Das ist bei der Erstellung des Zeitplans zu berücksichtigen.

Hildegund Kingreen
Ausschussmitglied

f.d.R.
Hubertus Wolzenburg
Fraktionsgeschäftsführer

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'H. Wolzenburg', written in a cursive style.

Anhang 1:

Erstellung des Nahverkehrsplans – Gremienbeschlüsse nach dem 01.07.2018 und deren Umsetzung

Der Rat der Stadt Hagen und weitere Gremien haben seit Mitte 2018 verschiedene Beschlüsse zur Verbesserung des ÖPNV in Hagen gefasst, die darüber hinaus auch in dem in Bearbeitung befindlichen neuen Nahverkehrsplan (NVP) aufzunehmen sind. Zusätzlich sind zu verschiedenen Punkten Fragen gestellt worden, um für die Politik eine sinnvolle Entscheidungsfindung für die Abstimmungen im Rahmen der NVP-Aufstellung zu ermöglichen. Die nicht erfolgte bzw. nur rudimentär durchgeführte Umsetzung von Beschlüssen wird nachfolgend **fett gedruckt und unterstrichen** dargestellt. Am 05.07.2018 fasste der Rat der Stadt Hagen unter der Drucksachennummer 0684/2018 (geänderter Beschluss) einen aus vier Teilen bestehenden Beschluss zu Verbesserungen im ÖPNV mit folgenden Inhalten:

- **Beschluss 1: Planungsgrundsätze für den in Erarbeitung befindlichen NVP – nur rudimentär umgesetzt**
- **Beschluss 2: Änderung der Linienführung der Buslinie 594, neu über FernUniversität statt über Eckesey – nicht umgesetzt**
- Beschluss 3: Probeweise Einrichtung einer starken Achse und weitere Linien – umgesetzt
- **Beschluss 4: Verbesserungen im Spätverkehr mit Anbindungen der Hagener Subzentren im halbstündlichen Versatz und deutlich bessere Anbindung des Hagener Ostens und Südens an den regionalen Eisenbahnverkehr – beides nicht umgesetzt**

Am 15.11.2018 fasste der Rat der Stadt Hagen unter der Drucksachennummer 1011/2018 einen aus drei Teilen bestehenden Beschluss zu Verbesserungen im ÖPNV mit folgenden Inhalten:

- **Beschluss 1: Konkretisierungen zum Ratsbeschluss vom 05.07.2018 zu der starken Achse – umgesetzt durch Beschluss zum neuen Netz sowie zum Spätverkehr – bisher nicht umgesetzt**
- **Beschluss 2: Erschließung des Ortsteils Baukloh im Spätverkehr durch die Verkehrsgesellschaft Ennepe Ruhr mbH – nicht umgesetzt**
- Beschluss 3: Durchführung eines Workshop ÖPNV – umgesetzt.

Am 13.12.2018 fasste der Rat der Stadt Hagen unter der Drucksachennummer 1259/2018 einen aus zwei Punkten bestehenden Beschluss zu Verbesserungen im ÖPNV mit folgenden Inhalten:

- Rücknahme der Änderung der Linie 527 – umgesetzt
- **Optimierung des Spätverkehrs zum Sommer 2019 – teilweise umgesetzt, da die Hagener Straßenbahn die inhaltlich dazu gehörenden Beschlüsse von 05.07. und 15.11.2018 nicht realisieren wollte**

Es ist keine Rücknahme von seit dem 05.07.2018 gefassten Ratsbeschlüsse erfolgt, so dass die vorliegende Beschlusslage weiterhin besteht.

Am 06.02.2019 fasste der UWA unter der Drucksachennummer 0160/2019 den Beschluss,

- **vor Beauftragung des neuen Netzes der HST durch den Rat am 23.05.2019 noch offene Fragestellungen zu klären und zu jeder UWA-Sitzung einen Sachstandsbericht zu geben – nicht umgesetzt.**

Nachdem der Gutachter in der Sitzung des Arbeitskreises am 10.09.2019 vorgeschlagen hat, das neue Netz vollständig in den NVP zu übernehmen, ist die Beantwortung dieser Fragen vor Verabschiedung des NVP wichtiger denn je.

Am 23.05.2019 fasste der Rat der Stadt Hagen unter der Drucksachennummer 0193/2019 einen aus drei Punkten bestehenden Beschluss zu Verbesserungen im ÖPNV mit folgenden Inhalten:

- Maßnahmenkonzept neues Netz der Hagener Straßenbahn AG zum Fahrplanwechsel Dezember 2019 – in Bearbeitung
- Finanzrahmen und Verbesserungen im Spätverkehr – in Bearbeitung

- Linienführung im Bereich Boele – in Bearbeitung

Zu diesem Zeitpunkt war den Ratsmitgliedern und übrigen Fachpolitikern nicht bekannt, dass dieser Beschluss das Netz darstellen soll, das die Grundlage des Nahverkehrsplans bilden soll. **Auch mit diesem Ratsbeschluss ist keine Rücknahme des Beschlusses vom 05.07.2018 erfolgt.** Die mit jenem Ratsbeschluss angestrebten, aber noch nicht umgesetzten weiteren wesentlichen Verbesserungen sollen in 2020 folgen und wären dann in den NVP aufzunehmen.

Diskussionsstand im AK ÖPNV:

Nachdem die Finanzierung für das neue Netz größtenteils erreicht werden konnte, wurde dessen Umsetzung vorangetrieben. Die weiteren vom AK ÖPNV vorgesehenen Verbesserungen (Linienanpassungen und Spätverkehr) sollten danach weiter vorangetrieben werden. Versuche, diese Diskussion wieder aufzunehmen sind in der ersten Jahreshälfte von der Hagener Straßenbahn mit Hinweis auf die Arbeiten am neuen Netz zurückgewiesen worden und auch die Verwaltung hat keine Aktivitäten hinsichtlich der noch offenen Punkte erkennen lassen. Aus Sicht des AK ÖPNV stellte das neue Netz der Hagener Straßenbahn somit eine Übergangslösung bis zu einem im NVP beschlossenen Netz als Grundlage für den folgenden öffentlichen Dienstleistungsauftrag an die Hagener Straßenbahn dar.

Entgegen dieser Sichtweise wurden die Mitglieder des AK ÖPNV in der Sitzung am 10.09.2019 damit überrascht, dass das von der Politik als Zwischenlösung vorgesehene neue Netz die Basis für den NVP bilden soll. Einhellige Meinung innerhalb des AK ÖPNV war, dass vor diesem Hintergrund an dem neuen Netz dringend noch Verbesserungen vorzunehmen sind, insbesondere wenn es um die Übernahme in den NVP gehen sollte. Dies betrifft eine optimierte Erschließung in einigen Teilbereichen sowie die Umsetzung des Spätverkehrs auf der Basis des neuen Netzes der Hagener Straßenbahn – allerdings ohne dieses Gesamtnetz in Frage zu stellen.